

Rede zum Haushalt 2024

07.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und -kollegen!

Wir haben es geschafft! Wir sind mit Beginn dieses Jahres abundant. Unsere Finanzkraft ist also höher als unser Finanzbedarf, so dass wir keine Schlüsselzuweisungen mehr bekommen. Dies verdanken wir zum großen Teil dem üppigen Gewerbesteueraufkommen der letzten Jahre

Doch es ziehen schwarze Wolken am Himmel auf. Eine stagnierende Wirtschaft, die ungünstige Demographie sowie das Erstarren der AfD trüben die wirtschaftlichen Prognosen ein. Die entsprechenden Auswirkungen machen auch vor unserer Haustür keinen Halt.

So soll der zunächst optimistisch gewählte Ansatz des Gewerbesteueraufkommens von gut 15 Mio Euro aufgrund aktueller Entwicklungen um 2 Mio Euro nach unten korrigiert werden. Insbesondere die Veranlagungen für die Vorjahre entwickeln sich inzwischen deutlich schlechter als angenommen.

Im Sinne einer risikobewußten Haushaltsplanung das richtige Vorgehen.

Die Korrektur des Gewerbesteueransatzes wirkt sich negativ auf die liquiden Mittel und den prognostizierten Jahresfehlbetrag aus, der sich damit auf knapp 5,8 Mio Euro verschlechtert. Durch den Griff in die Ausgleichsrücklage – sozusagen unser Notgroschen – stopfen wir dieses Loch und der diesjährige Haushalt gilt damit als ausgeglichen.

Doch es lauern weitere Unsicherheiten, die u.a. aus neuen bundesgesetzlichen Vorhaben resultieren, die noch nicht abschließend beraten sind und zu weiteren Steuerausfällen führen könnten.

Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie des andauernden Ukrainekrieges schlagen sich nach wie vor negativ in unserem Haushalt nieder. Die Entwicklung der Umlagesätze bei Kreis und Landschaftsverband verbessern unsere finanzielle Situation auch nicht.

Das Spannungsfeld, indem wir uns als finanzpolitisch Verantwortliche befinden, vergrößert sich also und der Abstand zwischen dem, was wir wollen und dem, was wir hinsichtlich schwindender finanzieller Handlungsspielräume können, wächst.

Vieles müssen wir aber jetzt anpacken:

Dazu gehört die Umsetzung von Maßnahmen aus der im letzten Jahr verabschiedeten Schulentwicklungsplanung. Steigende Schülerzahlen im Grundschulbereich, die sich an den weiterführenden Schulen niederschlagen werden, sowie zunehmende Bedarfe im Bereich der Ganztagsbetreuung durch den dafür ab 2026 geltenden Rechtsanspruch machen dies zwingend erforderlich. Insgesamt ist für diese notwendigen Maßnahmen ein zweistelliger Millionenbetrag eingeplant.

Zu unseren wichtigen Aufgaben zählt auch die Schaffung von Wohnraum; vor allem auch von Barrierefreiem und Bezahlbarem. Für die dringend notwendige Gewinnung von Fachkräften für Pflegeeinrichtungen, KiTas und unsere örtlichen Unternehmen ein wichtiger Faktor. Ebenso für die angestrebte Reduzierung der Pendlerbewegungen.

Dafür muss aber die wohnbauliche Entwicklung in allen Ortsteilen weiter vorangetrieben werden. Durch ein ausreichendes Angebot an Flächen können wir positiv Einfluss auf die Entwicklung von Mieten und Grundstückspreisen nehmen. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht beim deutlich verringerten Flächenkontingent im neuen Regionalplanentwurf bleibt und uns weitere Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen.

Wir dürfen nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass Senden weiterhin wächst und noch nicht fertig gebaut ist.

Nicht zu vergessen: der Grundstücksverkauf stellt eine wichtige Einnahmequelle für unsere Gemeinde dar.

Durch eine noch zu gründende Wohnungsbaugesellschaft mit dem Kreisbauverein und der Sparkasse Westmünsterland soll ebenfalls bezahlbarer Wohnraum in Form von Reihenhäusern im neuen Baugebiet Huxburg geschaffen werden. Dies ist grundsätzlich positiv. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Gemeinde Senden zwar Grundstückserlöse erzielt, jedoch auch Mittel durch das Engagement in der gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft gebunden sind und anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

Auch die weitere gewerbliche Entwicklung muss im Focus bleiben. Ein breites Spektrum an Unternehmen hilft, die wichtigen Gewerbesteuerzahlungen auch bei sich eintrübender Konjunktur noch auf einem gewissen Niveau zu halten. Zudem dient die damit verfolgte Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort auch wiederum dem Klimaschutz.

Investieren müssen wir auch in die Modernisierung der Kanalisationen in allen Ortsteilen.

Dies auch als Maßnahme der Klimafolgenanpassung, um den zunehmenden Starkregenereignissen Rechnung zu tragen. Allerdings mit dem gebotenen Augenmaß!

Maßnahmen zugunsten eines einheitlichen Erscheinungsbildes und repräsentativen Charakters für Mehrkosten von 435.000 € halten wir, wie im Falle der Umgestaltung der Pflasterfläche vor der Steverhalle, für nicht vertretbar. Sollte die erwartete Förderung nicht kommen, muss hier unter den Vorzeichen des aktuellen Haushalts zwingend neu entschieden werden.

Auch die Schaffung eines Nahwärmeverbundes für den Schulpark durch eine Holzhackschnitzelanlage ist unstrittig. Unverständlich, dass die Grünen dies noch Ende vergangenen Jahres stoppen wollten und somit die Schulen zunächst auf ihren in die Jahre gekommenen, störanfälligen Gasheizungen sitzen geblieben wären bei gleichzeitigem Verzicht auf eine mögliche CO₂-Reduzierung um 90 %. Mit dem Warten auf die Einbindung in die kommunale Wärmeplanung wären wir Jahre weiter gewesen. Was, wenn dann Heizungsanlagen zwischenzeitlich kaputt gegangen wären?

Vorrangig ist auch das Vorantreiben der Mobilitätswende: Keine andere Art der Fortbewegung hinterlässt dabei so wenig Spuren in der Umwelt wie der Fuß- und Radverkehr.

Daher haben wir dem Radverkehrskonzept mit seinen über 100 Einzelmaßnahmen zugestimmt. Allerdings muss priorisiert werden. Nicht alles, was wünschenswert erscheint, fördert auch tatsächlich den Radverkehr.

Ebenso dürfen wir nicht vergessen, dass Bewohnerinnen und Bewohner des Außenbereichs sowie ältere und mobilitätseingeschränkte Personen auf das Auto angewiesen sind und entsprechender Parkraum – auch im Ortskern – vorgehalten werden muss. Auch hinsichtlich der Erreichbarkeit von Ärzten, Apotheken, Einzelhandel und weiteren Einrichtungen in der Ortsmitte. Auch hier haben wir eine nicht zu vernachlässigende Verantwortung.

Für diejenigen, die auf den innerörtlichen ÖPNV angewiesen sind, brauchen wir ein bezahlbares Nachfolgekonzept für das kommit-Shuttle, dessen Förderung ausläuft. Wir müssen uns dabei aber klar machen, dass wir nicht jeden durch ein ÖPNV-Angebot erreichen können.

Zum Gelingen der Mobilitätswende trägt in großem Maße auch das aus eigener Verantwortung resultierende Umdenken jedes einzelnen bei – wenn Gesundheit und Wohnlage dies zulassen.

Die Investition in den neuen Bauhof ist den wachsenden Aufgaben einer wachsenden Gemeinde geschuldet. Zudem

wollen und müssen wir den Mitarbeitenden dort eine sichere, zeitgemäße und adäquate Arbeitsumgebung bieten.

Die Ansätze, die allein für diese Maßnahmen im aktuellen Haushaltsplanentwurf enthalten sind, stellen teilweise nur die Spitze des Eisberges dar. Denn es handelt sich – vor allem bei den Investitionen im Schulbereich – zum großen Teil nur um Planungskosten. Die wirklich dicken Brocken, die Mittel, die wir zur Umsetzung brauchen, müssen in den folgenden Jahren noch aufgebracht werden.

Was macht der kluge Bürger in einer solchen Situation? Er überlegt, wie er das verfügbare Budget sinnvoll aufteilen kann. Notwendiges muss von Wünschenswertem getrennt und auf letzteres verzichtet oder gewartet werden, bis die Mittel wieder zur Verfügung stehen.

Der Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ ist diesbezüglich unser Instrument. Darin ist aktiv nach Einsparpotentialen zu suchen, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, zu priorisieren und im schlechtesten Falle Vorhaben zu streichen; vor allem wenn eingeplante Förderungen nicht wie erwartet kommen.

Leider hat sich manche Planung so lange hingezogen, dass zwischenzeitlich weitere, dringendere Projekte mit auf den

Plan gekommen sind und auch eingetretene Preissteigerungen zu einer anderen Einschätzung führen.

So auch bei den Überlegungen zum Rathausumbau mit einer möglicher Erweiterung. Die Wertschätzung gegenüber den Rathausmitarbeitenden führt zweifelsfrei zur Zustimmung. Die Entwicklung der Gemeindefinanzen sowie auch das nebenan freiwerdende Grundstück des Treffpunkts lassen Alternativüberlegungen aufkommen. Brauchen wir zwingend ein zentrales Gebäude, das alle Mitarbeitenden beherbergt oder haben nicht auch dezentral gelegene Einheiten ihren Charme? Warum nicht auch in der Ortsmitte leerstehende Räumlichkeiten entsprechend den Vorgaben moderner Arbeitsweisen umbauen und nutzen? Verwaltung quasi mittendrin!

Auch Überlegungen zur Größe des Personalumfanges müssen erlaubt sein. Was können und was wollen wir uns zukünftig leisten? Mit dieser Frage sollte sich jede Fraktion intensiv auseinandersetzen.

Den vorliegenden Haushaltsplanentwurf haben wir in unserer Fraktion intensiv, kritisch und auch kontrovers diskutiert. Insbesondere die Nachricht unseres Kämmers zur aktuellen Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen hat uns nochmals sehr zu denken gegeben.

Wir haben um einen Weg gerungen, dem Haushalt zustimmen zu können und dabei dennoch unserer großen Sorge hinsichtlich des steigenden Ausgaben- und Investitionsvolumens bei sich verschlechternder Einnahmesituation Ausdruck zu verleihen. Jetzt müssen wir die Weichen richtig stellen! Denn wir wollen auch künftig die für unser Gemeindeleben so wichtige Arbeit unserer Vereine und Schulen mit freiwilligen Leistungen unterstützen und für folgende Generationen Handlungsspielräume erhalten.

Letztlich sagen wir ja zum Haushalt. Allerdings nicht, ohne das zeitnahe Einsetzen des Arbeitskreises „Haushaltskonsolidierung“ zu beantragen, was wir im Anschluss an die Abstimmung tun werden. Denn wir wollen Senden langfristig handlungsfähig halten und auch weiterhin zukunftsfähig aufstellen können.

An dieser Stelle darf der herzliche Dank an die gesamte Mannschaft der Verwaltung für die gute Arbeit und Unterstützung der Ratsarbeit auf keinen Fall fehlen. Vielen Dank!

Allen Anwesenden danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

Gaby Vogdt